



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Datum	Montag, den 24.02.2014
Sitzungsnummer	StvV/024/2014
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	22:35 Uhr
Sitzungsort	Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG)

Anwesend waren:

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats lt. Originalanwesenheitslisten sowie die Mitglieder der Verwaltung.

StvV **V o l c k** eröffnete die Sitzung, begrüßte die Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats und der Verwaltung sowie die Zuhörer und den Vertreter der Presse.

Er stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass die Stadtverordnetenversammlung mit 54 Stadtverordneten beschlussfähig ist.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte der Tagesordnung ohne Änderungen einstimmig (54.0.0) zu. Es bestand Einvernehmen, die Tagesordnungspunkte in folgende Abstimmungsblöcke aufzugliedern:

TOP 1 Fragestunde

TOP 2 Haushalt 2014

TOP 3 - TOP 7 (Abstimmung "en bloc")

TOP 8 - TOP 11 (Einzelaufruf)

TOP 12 - TOP 21 Grundstücksvorlagen (Abstimmung "en bloc")

Tagesordnung:

- 1 Fragestunde**
- 2 Haushalt 2014**
- 2.1 Änderungsliste des Ältestenrates**
- 2.2 Änderungsliste zum Stellenplan 2014
Vorlage: 1824/14**
- 2.3 Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2014
- Beratung -**
- 2.4 Investitionsprogramm und Finanzplanung 2014 - 2017**
- 3 Haushaltssicherungskonzept 2014 der Stadt Wetzlar
Vorlage: 1804/14**
- 4 Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
Wirtschaftsplan 2014
Vorlage: 1793/13**
- 5 Neufassung der Feuerwehrgebührensatzung für den
Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wetzlar
Vorlage: 1796/14**
- 6 63. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wetzlar für den Bereich
„Nördliches Dillfeld“, Stadtteil Hermannstein
- Einleitungsbeschluss -
Vorlage: 1774/13**
- 7 Bebauungsplan Nr. 8 „Dillfeld“, 3. Änderung, Stadtteil Hermannstein
- Einleitungsbeschluss -
Vorlage: 1771/13**
- 8 Energie- und Klimaschutzprojekt für Aßlar, Leun, Solms und Wetzlar
Sachstand und öffentlich-rechtliche Vereinbarung
Vorlage: 1803/14**
- 9 Konzeption zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern
Vorlage: 1821/14**
- 10 Behindertenbeirat
Nachwahl eines Mitgliedes**
- 11 Sozialkommission
Nachwahl eines stellv. Mitgliedes**

12 - 21 Grundstücksangelegenheiten

22 Verschiedenes

Zu 1 Fragestunde

Frage Nr. : 1856/14 - III/50
vom : 20.02.2014
Fragesteller : FrkV Dr. Büger

FrkV Dr. B ü g e r:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, ich frage den Magistrat: Sind die beiden Kirchengemeinden im Hinblick auf die Neugestaltung des Weihnachtsmarktes auf dem Domplatz befragt worden und welche Stellungnahmen haben die Kirchengemeinden hierbei abgegeben? Danke.“

StR S e m l e r:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Volck, sehr geehrter Herr Dr. Büger, verehrte Damen und Herren, zur Anfrage nehmen wir wie folgt Stellung:

Bezüglich der Platzierung eines Weihnachtsdorfes auf dem Domplatz hat am 24.06.2013 ein erstes Gespräch mit Herrn Pfarrer Heymer und Herrn Pfarrer Kollas, als Vertreter der beiden Domgemeinden, sowie Herrn Bräutigam, als Kantor, stattgefunden. Sowohl Herr Kollas als auch Herr Heymer begrüßten die Idee der Implementierung eines Weihnachtsdorfes am Domplatz und zeigten ihr Interesse an einer Mitarbeit bezüglich der Umsetzung.

Nach der Einigung zwischen dem Stadt-Marketing und der IG Altstadt, dass auch die Eisbahn am Dom (vor dem Heidenportal) installiert werden soll, fand am 16.12.2013 ein weiteres Gespräch mit den Herren Kollas und Heymer, als Vertreter der Domgemeinden, statt. In diesem Gespräch wurden beide über die geplanten Entwicklungen informiert. Beide Vertreter der Domgemeinden begrüßten die vorweihnachtlichen Aktivitäten rund um den Dom und erklärten sich bereit, diese auch inhaltlich zu begleiten.

Bezüglich der Eisbahn legten beide Herren Wert darauf, dass zum einen der Eis-Generator entsprechend weit vom Dom platziert wird und zum anderen ist es beiden wichtig, dass alle Aktivitäten miteinander abgestimmt werden. Weiterhin wurde vereinbart, dass es nach der Saison 2014/2015 ein Feedback-Gespräch geben wird, bei dem die Gesamtaktivitäten reflektiert werden. Das nächste gemeinsame Gespräch ist für nach Ostern geplant.“

Zu 2 Haushalt 2014

Die Grundsatzreden zum Haushalt sind der Niederschrift als Anlagen 1 - 6 beigelegt:

CDU-Fraktion (Stv. Heyer) Anlage 1

SPD-Fraktion (Stv. Kleber) Anlage 2

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Stve. Dr. Bernauer-Münz) Anlage 3

FW-Fraktion (FrkV Lefèvre) Anlage 4

FDP-Fraktion (FrkV Dr. Büger) Anlage 5

Die Linken (Stve. Yigit) Anlage 6

Stellungnahme zu den Haushaltsreden:

Gesplittete Abwassergebühr

OB D e t t e wies darauf hin, dass die bisherige Gebühr ohne die Änderung zu einer gesplitteten Abwassergebühr nicht mehr rechtssicher wäre. Die Stadt sei durch die Rechtsprechung zur Umsetzung gezwungen worden. Der Magistrat habe den Anteil der Versiegelungsgebühr an der unteren Grenze orientiert, um die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten.

Entwicklung des Schuldenstandes

OB D e t t e verdeutlichte, dass in den letzten Jahren sehr viel in die Infrastruktur der Stadt investiert worden sei und den Schulden auch Vermögen gegenüber stehe, z. B. der Bahnhof. Bezogen auf die Pro-Kopf-Verschuldung der hessischen Sonderstatusstädte befinde sich Wetzlar exakt im Mittelfeld.

Haushaltssicherungskonzept

OB D e t t e bezog sich auf die Ausführungen des Stv. Kleber zum Koalitionsantrag „Ganzheitliches Konzept zur transparenten Darstellung und zur Konsolidierung des städtischen Haushalts“. Er betonte, dass die komplette Transparenz eines einzelnen Produktes seine Grenzen durch unvermeidbaren Verwaltungsaufwand finde. Man solle sich nicht „zu Tode verwalten“.

Kassenkredite

OB D e t t e führte aus, dass Kassenkredite eine Kumulation von Vorjahresdefiziten darstellen. Sie seien ein notwendiges Mittel, um die Haushaltswirtschaft bewältigen zu können. Das Volumen sei aus Gründen der Flexibilität etwas erhöht worden, man wolle die Obergrenze in der Praxis jedoch nicht ausschöpfen.

Gewerbesteuer

Mit Blick auf den Leitz-Park zeigte sich OB D e t t e optimistisch, dass die veranschlagte Einnahme von 35 Mio. € zu erreichen sei. Auch mit IKEA würden sich mittelfristig gute Chancen ergeben, Schwankungen in einzelnen Bereichen stärker als bisher ausgleichen zu können.

Zu 2.1 Änderungsliste des Ältestenrates

StR K o r t l ü k e beantwortete eine Frage des Stv. Breidsprecher in der Sitzung des Bauausschusses am 03.02.2014 zu Pos. 200/10 der Änderungsliste wie folgt:

„Im Rahmen der Umsetzung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes wurden die ersten Schritte zur Ermittlung der energetischen Sanierungserfordernisse städtischer Liegenschaften eingeleitet. Bereits bei einer groben Abschätzung zeichnet sich ab, dass speziell hinsichtlich der energetischen Sanierung städtischer Kindergärten ein hoher Bedarf besteht und dieser mit den bisherigen Mitteln bei weitem nicht abgedeckt ist. Als erster Schritt wird die energetische Sanierung der Kita Steindorf umgesetzt werden. Hierfür ist die Erhöhung der Mittel notwendig.“

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte der Änderungsliste des Ältestenrates einstimmig (55.0.0) zu.

Zu 2.2 Änderungsliste zum Stellenplan 2014 Vorlage: 1824/14

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (55.0.0) folgenden Beschluss:

Die Änderungsliste zum Stellenplan 2014 wird, vorbehaltlich der Zustimmung der Stellenbewertungskommission, beschlossen.

Zu 2.3 Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2014 - Beratung -

StvV V o l c k wies auf die vorliegenden Übersichten „Teilergebnishaushalt“ und „Teilfinanzhaushalt“ sowie einvernehmliche Änderungen des Ältestenrates hin:

Verlagerung der korrespondierenden Haushaltsanträge Nr. 109/201 (Kita Münchholzhausen) nach **Teilergebnishaushalt b) uneinheitlich** (hinter Antrag Nr. 108)

Verlagerung des Haushaltsantrages 212 (Einzäunung Friedhof Münchholzhausen) nach **Teilfinanzhaushalt b) uneinheitlich** (hinter Antrag 211)

Durch die Verlagerungen habe sich **Teilfinanzhaushalt c) einstimmig abgelehnt** erübrigt.

Antrag Nr. 101 - Unterstützung der Stadtverordnetenversammlung und des Ausländerbeirates (Parlamentarischer Abend)

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 54.1.0

Antrag Nr. 102 - Presse-, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit (öffentliche Bekanntmachungen)

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 55.0.0

Antrag Nr. 103 - Beschäftigung Langzeitarbeitslose

Stv. D r o ß führte mit Blick auf die hohe Zahl von SGB II-Beziehern in Wetzlar (6.000 Menschen - 12 % Sozialhilfequote) aus, dass er eine sozialpolitische und ethische Verpflichtung der Kommune sehe, zu einer Lösung des Problems der Langzeitarbeitslosigkeit beizutragen. Die Stadt müsse vorhandene Möglichkeiten zur sozialen und arbeitsmarktlichen Integration ihrer Bürger offensiv nutzen. Dies liege im eigenen Interesse, um auf Dauer soziale Verwerfungen zu vermeiden. Die Einrichtung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten werde im Übrigen mit 80 - 85 % aus Bundesmitteln gefördert. Wenn die Stadt Wetzlar 20.000 € in den Haushalt einstelle, könne mit diesen Mitteln eine Vollzeitbeschäftigung von 8 - 9 Arbeitslosen für ca. 12 Monate erreicht werden. Ziel sei auch, Teilhabemöglichkeiten für Bürger dieser Stadt zu schaffen. Er habe positive Erfahrungen mit Arbeitsgelegenheiten beim Hessentag 2012 feststellen können, sehe die Finanzierung als gesichert an und bitte, dem Antrag zuzustimmen, so Stv. D r o ß.

Der Redebeitrag des Stv. B r e i d s p r e c h e r wurde auf Antrag des Stv. Kinkler wörtlich protokolliert:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, in einem Punkt, also wir werden grundsätzlich, jedenfalls wir beide nicht, in dieser Thematik nie auf einen Nenner kommen, Herr Droß. Aber einen Punkt will ich auch meinerseits besonders am Anfang herzustellen, weil Sie ja immer so anklagend die hohe Prozentzahl derjenigen, die in diesen Kreis gehören, der Stadt Wetzlar oder auch gleichfalls der anderen größeren Städte, ansprechen. Und ich habe Ihnen das damals gesagt, ich muss das auch immer wiederholen. Das hängt natürlich entscheidend damit zusammen, dass diese Menschen zu Recht so eine soziale Stadt, mit diesem sozialen Fundament, mit diesem gesellschaftlichen, infrastrukturellen, kulturellen Fundament bewusst aufsuchen und nicht irgendwo ‚jwd‘ nach Oberndorf, Solms oder wo sonstwo hingehen.

Deswegen haben alle diese Städte entsprechend einen höheren Anteil. Und je mehr Sie solche Maßnahmen entsprechend noch initiieren und zusätzlich von unserem defizitären Haushalt bezahlen, desto mehr werden solche Menschen jede Gelegenheit nutzen - verständlicherweise - hierher zu kommen. Also insofern erzeugen Sie eine falsche Sogwirkung sogar noch.

Sie haben dann das Beispiel Marburg angesprochen. Ich weiß nicht, ob Sie das von Ihrer eigenen Tätigkeit da selbstverständlich viel, viel besser übersehen können und das, was Sie da - vielleicht in Kooperation oder auch nicht mit der Stadt - gemacht haben. Aus meiner Sicht ist der Hauptgrund dafür, dass in Marburg so viele Menschen dort eben nicht mehr in diesen Kreis gehören, dass dort einfach - siehe ja auch Steueraufkommen - die besseren und vielfältigeren Arbeitsmöglichkeiten dort bestehen.

Und das ist ja die Grundkritik, die von der Bundesseite, die dieses Gesetz verabschiedet hat noch in der letzten Legislaturperiode, ob die neue das anders macht und entsprechend die Mittel wieder erhöht, werden wir sehen. Weil sie eben nicht zu dem gewünschten Erfolg, bei den Bedingungen, die wir in unserem Land haben, geführt haben.

Wir haben einen Höchststand an Beschäftigten - Gott sei dank - und von der Tendenz her soll das sogar sich noch steigern. Überhaupt und deswegen müssen alle Kräfte darauf gerichtet werden und konzentriert werden, dass wir Maßnahmen befördern, die dazu führen, dass sie in den ersten Arbeitsmarkt natürlich wieder sich integrieren können. Aber das geschieht durch diese Maßnahmen erfahrungsgemäß, deswegen auch die Reduzierung in den zurückliegenden Jahren, eben nicht.

Konkret jetzt zu dem Antrag, ich hatte das ja auch schon kurz angemerkt in den Ausschussrunden. Sie nennen das formalistisch, wenn man das ablehnt. Also wenn man alles noch an sich ziehen will mit einem Schuldenstand von 125 Mio., den wir noch häufiger heute betonen müssen, damit endlich diese Zahl in unsere Schädelschleife eindringt. Dann werden wir natürlich in kürzester Zeit nicht mehr von 125, sondern entsprechend höheren 130, 140 Mio. reden können.

Alles, was noch so schön machbar erscheint und was sich sozial vor allen Dingen ja so toll verkaufen lässt, dafür sind ja vor allen Dingen Sozialdemokraten immer gerne zu Lasten der Steuerzahler insgesamt zu gebrauchen, ist nicht grundsätzlich unter den Finanzbedingungen auch machbar. Und wir lehnen es einfach ab, damit Sie sich einen stärkeren sozialen Anstrich geben können, aus unserem defizitären Haushalt zur Belastung der Gesamtbevölkerung noch für diese Maßnahmen unsinniger Art die Hand zu reichen.

Entscheidend ist natürlich auch noch etwas, darüber haben Sie sich relativ gar nicht bzw. sehr nebulös nur geäußert: Was sollen diese Menschen eigentlich hier tun, wenn sie im Verbund der Stadt beschäftigt werden? Sollen sie denen, die da sind, die Arbeitsplätze wegnehmen? Sicher nicht. Dort werden Ihnen auch, das kennen wir aus der Vergangenheit (Stichwort Ein-Euro-Job war zu Recht genannt worden), wird schon der Personalrat ein gewichtiges Veto einlegen. Das war in der Vergangenheit, wenn wir zum Beispiel solche Maßnahmen wie im Zuge des Hessentages, da waren sie vernünftig, sehr eng und zeitlich begrenzt für ein Viertel bis ein halbes Jahr. Aber auch dort musste entsprechend der Personalrat seine Zustimmung geben.

Also diese Frage, ich habe dann u. a. gehört, sie sollen sozial begleitet werden und - wo ist denn das gewesen - ein Mitglied im Finanzausschuss verstieg sich dann noch dazu und sagte, ja wir haben ja jetzt die Flüchtlinge dort hinten im Kirschenwäldchen, für die brauchen wir ja auch solche Arbeitsgelegenheiten. Jeder weiß, dass das überhaupt gesetzlich nicht möglich ist. Also insofern, ja Sie haben das nicht gesagt, das habe ich auch Ihnen nicht unterstellt selbstverständlich, also fällt auch diese Maßnahme flach.

Was unter dem Strich übrig bleibt wäre, wir geben 20.000 € zu den 18.000 der Tafel, das liegt auf der selben Ebene, dieser ganze, wie ich das nenne ‚Schabernack‘ und insofern also eine zusätzliche Belastung unseres Haushaltes. Es wurde immer so viel geredet, letzte Bemerkung, darauf werden ja auch noch kommen, von Ihrem tollen Konzept sind ein paar gute Ideen drin. Nur wenn Sie mit solchen Maßnahmen anfangen, unterlaufen Sie ja von vornherein die Redlichkeit dieses Konzepts. Wenn das so weiter ginge, dann würde ich aus meiner persönlichen Sicht sagen, dann wäre mir ein Sparkommissar, der sowas verhindert, lieber.“

Stv. L u i t j e n s - T a y l o r beurteilte die verstärkten Möglichkeiten zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen positiv. Sie sei optimistisch, dass sich qualitative Beschäftigungsmöglichkeiten bei der Stadt finden werden und damit eine Integration in die Arbeitswelt gelinge. StR K o r t l ü k e gab zur Kenntnis, dass das Stadtbetriebsamt und der Eigenbetrieb Stadtreinigung ihre Bereitschaft signalisiert hätten, Arbeitsmöglichkeiten für 12 Monate zu schaffen.

FrkV Dr. B ü g e r bemerkte kritisch, dass der Antrag unkonkret sei und mehr Fragen aufwerfe, als er beantworte. Es solle offenkundig Geld ausgegeben werden, ohne genau zu wissen wofür und warum. Er empfehle den Antragstellern, den Antrag zurückzuziehen und ein fertiges Konzept vorzulegen. FrkV K r a t k e y gab zur Antwort, dass man dem Magistrat nicht die Möglichkeit nehmen wolle, ein Konzept vorzulegen, das den Rahmen der Handlungsmöglichkeiten aufzeige. Aus diesem Grund bleibe der Antrag bestehen und er bitte, über diesen abzustimmen.

Abstimmung: 37.19.0

Antrag Nr. 104 - Verwaltungsgebäude (Stromkosten)

FrkV A l t e n h e i m e r machte deutlich, dass die Ausgabe für Öko-Strom in Wetzlar einen „Nulleffekt“ bewirke und nur der Symbolik diene. Der Nutzen sei auch in Österreich zweifelhaft, da Kraftwerksbauten mit zerstörten Flussabschnitten und Landschaften einhergehen. Dort bestehe die Gefahr, dass die letzten Wildflüsse durch Wasserkraftwerke ihren Charakter verlieren. Die Koalition solle dem Antrag zustimmen und den Ansatz von 10.000 € endlich aus dem Haushalt streichen. Stv. W o l f stellte den zusätzlichen Bedarf an Öko-Strom ebenfalls in Frage.

StR K o r t l ü k e wies darauf hin, dass sich das Produkt „aqua-power“ bei der enwag schon seit Jahren im Angebot befinde, der Betrieb eines neuen Wasserkraftwerkes sei ausgeschlossen. Die Stadt werde 2015/16 stärker in die Energieerzeugung einsteigen und müsse ab diesem Zeitpunkt entscheiden, ob der Strom für Wetzlar aus dem Windpark bezogen werden könne.

Abstimmung: 19.36.1

Antrag Nr. 105 - Brand- und Katastrophenschutz (Feuerwehrgerätehaus Nauborn)

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 0.56.0

Antrag Nr. 106 - Seniorenarbeit (Bürgerbus Naunheim)

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** kritisierte das Missverhältnis zwischen dem Aufwand von 8.500 € und der geringen jährlichen Nutzung von rd. 500 Personen. Er vertrete die Auffassung, dass die Menschen ihre Angelegenheiten mit einer vernünftigen Nachbarschaftsregelung selbst organisieren können und bewerte das Naunheimer Angebot als „Sponsoring auf Steuerkosten der übrigen Wetzlarer Bevölkerung“. Dies lehne die CDU-Fraktion ab.

Stve. **V o l k** hob hervor, dass der Bürgerbus einen Beitrag zu einem selbstbestimmten Leben für Bürgerinnen und Bürger darstelle, die aus unterschiedlichen Gründen mobilitätseingeschränkt seien. Der Bürgerbus stelle keine reine Einkaufslinie dar, sondern werde für eine Vielzahl von Erledigungen genutzt. Die Kosten halte sie für vertretbar, da die Mittel als direkte Verbesserung bei den Menschen Wetzlars ankommen. Die SPD-Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Stv. **W o l f** vertrat mit Blick auf die geringe Akzeptanz des Bürgerbusses sowie der Kosten die Auffassung, dass das Angebot nach den bisherigen Erfahrungen eingestellt und eine andere Lösung gefunden werden müsse. Die FDP-Fraktion werde sich der Stimme enthalten.

Abstimmung: 15.37.4

Antrag Nr. 107 - Soziale Leistungen (WetzlarCard)

Stve. **W e i ß** beurteilte die bisherigen Hilfeangebote für diese Bevölkerungsgruppe als ausreichend und währte eine mögliche Stigmatisierung der WetzlarCard-Inhaber durch Vorzeigen der Karte. Sie wies auf die Vielzahl kostenfreier Kulturveranstaltungen pro Jahr hin und forderte, dass sich die Teilhabe am Sport nicht nur auf den Besuch von Spielen der HSG oder des RSV beschränken dürfe. Dies sei auch im Hinblick auf den Bewegungsmangel gerade dieser Bevölkerungsschicht der völlig falsche Denkansatz. Die CDU-Fraktion trage nicht mit, dass der weitaus größte Betrag für Busfahrtscheine verwendet werde. Es sei z. B. möglich, die Stadthalle vom Westend in einer Viertelstunde fußläufig zu erreichen. Im Übrigen favorisiere sie die Einführung einer echten und attraktiven Rabattkarte für Einheimische und Touristen, so Stve. **W e i ß**. Sie halte das Projekt „WetzlarCard“ nicht für zielführend und bitte, dem Antrag zuzustimmen.

Stv. **S a r g e s** unterstrich, dass die WetzlarCard einen längst überfälligen, wichtigen Schritt hinzu auf die schwächer gestellten Mitbürger der Stadt bedeute und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärke. Man habe das umgesetzt, was in anderen Städten längst üblich sei. Stv. **D r o ß** bewertete die Formulierung „Stigmatisierung“ als nicht zutreffend und aufgesetzt. Er gehe davon aus, dass die WetzlarCard nur einen Bruchteil der 100.000 € erfordere. Die Opposition kritisiere nach seiner Auffassung nicht die finanzielle Thematik, sondern habe Vorbehalte gegen die „ganze Richtung“. Stv. **Christoph S c h ä f e r** bezeichnete die WetzlarCard als einen „falschen Weg“.

Abstimmung: 15.41.0

Antrag Nr. 108 - Politisch-kulturelle Jugendbildung (Ring politischer Jugend)

Stv. S t e i n r a t h s ging auf die Bedeutung der politischen Jugendverbände ein und wies darauf hin, dass der RPJ eine unabhängige, neutrale und parteiübergreifende Organisation sei. Er bitte, dem Antrag zuzustimmen, um den politischen Jugendorganisationen Planungssicherheit zu geben und um einen Beitrag für mehr Jugend in der Politik zu ermöglichen. Die Mittel sollen nicht gestrichen werden.

Bgm. W a g n e r beurteilte die Verwendungsnachweise der vergangenen Jahre im Hinblick auf gemeinsame Aktivitäten der Jugendorganisationen demokratischer Parteien kritisch. Zur Zeit würden neue Richtlinien für die Arbeit des RPJ auf den Weg gebracht. Bei einer Verständigung könne eine Korrektur des Haushaltsansatzes zum Nachtrag 2014 erfolgen.

Abstimmung: 15.40.1

Anträge Nr. 109/201 - Außentür und Einzäunung Kita Münchholzhausen

Stv. C l o o s berichtete, dass der Ortsbeirat Münchholzhausen sich 2013 im Rahmen einer kleinen Renovierungsmaßnahme in der Kita eingehend mit der Thematik beschäftigt habe. Hauptkritikpunkt sei der fehlende Ausgang in dem Raum für die U3-Kinder. Nach Gesprächen mit der Kita-Leitung und dem Fachamt habe der Ortsbeirat fraktionsübergreifend einen gemeinsamen Antrag erarbeitet und in einer der letzten Sitzungen einstimmig beschlossen. Er werbe eindringlich für die Umsetzung dieser Kleinmaßnahme mit einem Volumen von 10.000 € und bitte um Zustimmung zu den Anträgen 109 und 201.

Bgm. W a g n e r informierte über einen weiteren Antrag des Ortsbeirates Münchholzhausen (17.01.2014), der den Erwerb angrenzender Grundstücksflächen für die Kita (Neugestaltung der Außenanlage) und die Einstellung von Haushaltsmitteln zum Nachtrag 2014 beinhaltet habe. In die Betrachtung seien noch weitere Aspekte einzubeziehen, z. B. der Bedarf „Schattenlänge“ und die Erweiterung des Sozialraumes nach Dutenhofen. Aus den vorgenannten Gründen halte er eine ganzheitliche Betrachtung 2014 der Situation in Münchholzhausen für erforderlich. Nach Prüfung der Gesamtlage werde ein konzeptioneller Vorschlag erarbeitet und eine Entscheidungsgrundlage ermöglicht.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte dem Verfahrensvorschlag von OB D e t t e einvernehmlich zu, die Anträge Nr. 109 und 201 im Geschäftsgang zu belassen.

Antrag Nr. 110 - Gemeindestraßen (Plattengehweg Kultur- und Sporthalle Naunheim)

Antrag Nr. 110 wurde in den Ausschüssen für erledigt erklärt.

Antrag Nr. 111 - Beratung, Information und Förderung im Umwelt- und Naturschutz (Personalaufwendungen)

FrkV Dr. G r e i s machte deutlich, dass die Stadt zur Umsetzung der im Dezember 2000 in Kraft getretenen EU-Wasserrahmenrichtlinie verpflichtet sei.

Die Förderung von Maßnahmen könne bei bis zu 100 % Förderung liegen, jedoch sei die Bereitstellung von Fördermitteln seitens der EU nach 2015 nicht gesichert. Um einige WRRL-Maßnahmen aus der vorliegenden Projektzusammenstellung umsetzen zu können und Fördermittel einzuwerben, müssen befristet Personalmittel zur Verfügung gestellt werden. Die eingestellte Person solle auch zusätzliche Aufgaben in den Bereichen Lärmschutz und Luftreinhaltung übernehmen, die vom Land übertragen werden.

Stv. B r e i d s p r e c h e r vertrat die Auffassung, dass die Aufgaben durch vorhandene Kräfte im Amt für Umwelt und Naturschutz erledigt werden können. Die Ausgabe in Höhe von 35.000 € halte er für völlig überflüssig und bitte eindringlich, von dieser unnötigen Personalkostenmaßnahme abzusehen. StR K o r t l ü k e wies darauf hin, dass er über die dienstliche Belastung der Mitarbeiter im Amt für Umwelt und Naturschutz informiert sei. Hinsichtlich der verpflichtenden Umsetzung der EU-WRRL gab er zur Kenntnis, dass das Maßnahmenpaket 14 Projekte mit geschätzten Kosten von 1,1 Mio. € beinhalte. Die Projektförderung hierfür belaufe sich zwischen 700.000 und 1 Mio. €, was Bestandteil von Kostenreduzierung im Haushalt darstelle.

FrkV Dr. B ü g e r warnte davor, den Personalapparat insgesamt und speziell des Umweltdezernenten „aufzublähen“. Dieser müsse die Aufgaben mit den bestehenden Ressourcen bewältigen. Die FDP-Fraktion werde den Antrag ablehnen.

FrkV K r a t k e y unterstrich, dass die Umsetzung der EU-WRRL keine freiwillige Entscheidung der Stadt sei und hierzu die Fördermöglichkeiten genutzt werden müssen. Es handele sich nicht um einen Antrag zum Stellenplan, sondern es solle eine vorübergehende personelle Kapazität geschaffen werden, die auf 3 Jahre befristet sei. Daher stelle sich die Frage einer Ausweitung von Planstellen nicht. Es sei sinnvoll, eine Fachkraft für die Umsetzung von Maßnahmen zu gewinnen. Er bitte die Fraktionen, sich in dieser Sache nicht zu verweigern. FrkV A l t e n h e i m e r stellte für die CDU-Fraktion klar, dass diese eine Umsetzung der EU-WRRL grundsätzlich billige und das Einwerben von Fördergeldern positiv bewerte, jedoch die Ausweitung der Kosten im Personalsektor nicht für erforderlich halte.

Abstimmung: 34.19.3

Antrag Nr. 112 - Beratung, Information und Förderung im Umwelt- und Naturschutz (Energie- und Klimaschutzmanager)

Antrag Nr. 112 wurde im Umweltausschuss vom Antragsteller zurückgezogen.

- StvV V o l c k unterbrach die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung für eine Pause von 15 Minuten -

Antrag Nr. 202 - Städtische Kindertageseinrichtungen (Kita Dalheim)

FrkV Dr. B ü g e r konstatierte, dass vor einer Grundsatzentscheidung für einen Neubau zunächst andere Optionen untersucht werden müssten, insbesondere die Frage nach einer Sanierung der vorhandenen Einrichtung oder die Anmietung von Räumen. Hierauf zielte der Antrag auf Anbringung eines Sperrvermerkes.

Bgm. W a g n e r erläuterte, dass die städtische Kita in Dalheim deutlich „in die Jahre gekommen sei“. Es gebe in diesem Bereich Handlungsbedarf und um über Optionen reden zu können, benötige man die Planungsmittel. Räumlichkeiten in der Grundschule oder in der Gesamtschule Dalheim würden nicht zur Verfügung stehen. Er werbe dafür, dem Antrag nicht zu folgen und sichere zu, über den Fortgang der Angelegenheit im Sozialausschuss bzw. in der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

Abstimmung: 4.52.0

Antrag Nr. 203 - Städtebauliche Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen (Schladming-Anlage)

Stv. H e y e r führte aus, dass die CDU-Fraktion die Höhe der Ausbaurkosten vor dem Hintergrund der städtischen Haushaltslage sehr kritisch beurteile. Man sei der Auffassung, dass der vordere Bereich in der Anlage noch in Ordnung sei. Eine Umgestaltung im hinteren Bereich werde vor dem Hintergrund der Abschaffung von „Aufenthaltsbereichen“ hinter der Aral-Tankstelle als notwendig angesehen.

StR S e m l e r legte dar, dass zu erwartende Einnahmen aus der Abrechnung der Sanierungsgebiete in Höhe von ca. 1 Mio. € wiederum in diese Bereiche investiert werden sollen, um die Mittel nicht an das Land „durchreichen“ zu müssen; dies betreffe auch die Schladming-Anlage. Zwischenzeitlich liege von Seiten des zuständigen Ministeriums die Zustimmung für die Maßnahme vor. Bestandteile des Vorhabens seien auch Ergebnisse aus der Parkplatzkonzeption einschließlich neuer Haltebuchten für die Tourismus-Busse.

Abstimmung: 15.40.1

Antrag Nr. 204 - Städtebauliche Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen (Schladming-Anlage)

Stv. W o l f empfahl, den Wetzbach bei einer Neugestaltung der Schladming-Anlage zu berücksichtigen.

Antrag Nr. 204 wurde von FrkV Dr. B ü g e r nach den Ausführungen von StR Semler zu Antrag Nr. 203 für erledigt erklärt.

Antrag Nr. 205 - Städtebauliche Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen (Uferbereich Hintergasse)

Antrag Nr. 205 erledigte sich durch die Änderungsliste (s. Pos. 200/7).

Antrag Nr. 206 - Gemeindestraßen (Gewerbegebiet Hörnsheimer Eck)

Stv. G e r h a r d t begründete den Antrag. Für die zu Beiträgen herangezogenen Anlieger dieses Gebietes solle die Stadt eine Gegenleistung in Form von Straßen und Bürgersteigen erbringen. Er sehe ein extremes Missverhältnis zwischen dem Zeitablauf und des nicht wirklich erfolgten Ausbaus im Gewerbegebiet Hörnsheimer Eck.

OB D e t t e wies hinsichtlich der rechtlichen Situation darauf hin, dass keine Verpflichtung bestehe, eine Maßnahme innerhalb eines bestimmten Zeitfensters durchzuführen. Das Thema werde in absehbarer Zeit im Rahmen der Prioritätensetzung des Haushaltes zu behandeln sein.

Stv. P o h l bemängelte, dass in der Vergangenheit viel vernachlässigt worden sei. Der Ausbau mache zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn, da ein großes Grundstück noch nicht erschlossen sei. Eine Umsetzung in diesem Jahr sei im Übrigen nicht mehr zu schaffen.

Abstimmung: 15.41.0

Antrag Nr. 207 - Gemeindestraßen (Ausbau Sportparkstraße)

Stv. N o a c k teilte für die CDU-Fraktion mit, dass Antrag Nr. 207 nach den Beratungen und Ausführungen in den Ausschüssen zurückgezogen werde.

Antrag Nr. 208 - Gemeindestraßen (Straßenbeleuchtung)

Stv. N o a c k informierte darüber, dass es in Wetzlar 6.500 Straßenlampenstandorte mit ca. 10.000 Leuchtpunkten gebe, davon ca. 5.000 Kompaktleuchtstofflampen (Energiesparlampen). Die verbliebenen 5.000 Lampen können durch LED-Beleuchtung ersetzt werden, was zu einer Energieeinsparung von ca. 64 % führe. Durch die Umrüstung können ca. 400.000 € Energiekosten und weitere 200.000 € bei der Wartung eingespart werden. Die Maßnahme würde sich allein über die Energie- und Wartungskosten rechnen und der Stadt Wetzlar eine Ersparnis von 600.000 € ab dem 7. Jahr ermöglichen. Er bitte, dem Haushaltsantrag zuzustimmen. StR S e m l e r zitierte zum Thema aus einer Stellungnahme des Tiefbauamtes und aus einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 27.01.2014 am Beispiel der Stadt Frankfurt/M. (siehe Anlage 7 zur Niederschrift).

Abstimmung: 15.41.0

Antrag Nr. 209 - Gemeindestraßen (Bahnhofstraße Dutenhofen)

FrKV A l t e n h e i m e r ging in seinen Ausführungen auf die Historie ein und berichtete, dass der obere Teil der Bahnhofstraße bereits vor ca. 10 Jahren ausgebaut worden sei. Er monierte den entstandenen Stillstand des endgültigen Ausbaus und wies auf noch offene Forderungen der Stadt in Höhe von 50 % der Anliegerbeiträge hin. Er sehe insbesondere wegen des unbefriedigenden Straßenzustandes Handlungsbedarf im unteren Teil und fordere seitens der CDU-Fraktion, die Maßnahme in der Priorität ganz oben anzusiedeln. Nach Durchführung einer Anliegerversammlung solle im Herbst diesen Jahres mit der Umsetzung begonnen werden. Er bitte um Unterstützung des Antrags.

StR S e m l e r wies auf die im Haushalt 2014 vorgesehenen Restfinanzierungsmittel für die Straßenplanung (25.000 €) und die VE in Höhe von 15.000 € hin. Er gehe nicht davon aus, dass die Maßnahme über das Jahr 2015 hinaus geschoben werde, auch im Hinblick auf den für Dutenhofen wichtigen Breitbandausbau.

Abstimmung: 15.41.0

Antrag Nr. 210 - Öffentliche Grün- und Freizeitanlagen (Teichanlage Neukölln-Anlage)

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung schloss sich einstimmig (56.0.0) der Änderungsempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses an, den Ansatz in Höhe von 70.000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen, der durch den Umwelt- sowie den Bauausschuss aufgehoben werden kann.

Antrag Nr. 211 - Öffentliche Grün- und Freizeitanlagen (Wegebaumaßnahmen Colchester-Anlage)

Stv. H e y e r führte mit Blick auf einen Handlungsansatz aus dem Innenstadtentwicklungskonzept aus, dass die Maßnahme die Attraktivität der Colchester-Anlage an der Lahn erhöhen werde. Ggf. könne eine Umsetzung aus Mitteln des Altstadtsanierungsgebietes erfolgen. Er halte den Wegeausbau mit einer bituminösen Decke von der Alten Lahnbrücke bis zur Pontonbrücke für gut angelegtes Geld. StR K o r t l ü k e führte ergänzend aus, dass er sich mit dem Stadtbetriebsamt darauf verständigt habe, eine Prioritätenliste für alle Parkanlagen zu erstellen, die unter Berücksichtigung der Haushaltslage sukzessive ab 2015 abgearbeitet werden solle.

Abstimmung: 17.39.0

Antrag Nr. 212 - Friedhöfe (Einzäunung Friedhof Münchholzhausen)

Stv. C l o o s stellte den Abänderungsantrag, eine VE in Höhe der Gesamtkosten von 46.500 € in den Haushalt einzustellen. Der Ortsbeirat Münchholzhausen habe sich damit einverstanden erklärt. OB D e t t e stellte in Frage, ob die Anbringung eines Stabgitterzaunes bei der Lage des Friedhofs Münchholzhausen dauerhaft sinnvoll sei, um das Problem des Wildverbisses zu lösen. Er halte es für sinnvoller, sich intensiver mit der Angelegenheit auseinandersetzen, als eine VE einzustellen.

Abstimmung: 13.40.3

Zu 2.4 Investitionsprogramm und Finanzplanung 2014 - 2017

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte dem Investitionsprogramm und der Finanzplanung 2014 - 2017 mehrheitlich (39.15.2) zu.

OB D e t t e teilte die Abschlusszahlen der Haushaltssatzung mit, die aufgrund der gefassten Beschlüsse bindend seien. Die geänderte Fassung ist dieser Niederschrift als Anlage 8 beigefügt.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte der Haushaltssatzung in der von OB Dette verkündeten Form mehrheitlich (34.19.2) zu.

**Zu 3 Haushaltssicherungskonzept 2014 der Stadt Wetzlar
Vorlage: 1804/14**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (55.0.1) folgenden Beschluss:

Das als Anlage beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2014 wird gemäß § 92 Abs. 4 HGO beschlossen.

**Zu 4 Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar
Wirtschaftsplan 2014
Vorlage: 1793/13**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (55.0.1) folgenden Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan 2014 des Eigenbetriebes „Stadthallen Wetzlar“ wird zugestimmt.

**Zu 5 Neufassung der Feuerwehrgebührensatzung für den
Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wetzlar
Vorlage: 1796/14**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (55.0.1) folgenden Beschluss:

Die aus der Anlage ersichtliche Feuerwehrgebührensatzung mit Gebührenverzeichnis wird beschlossen.

**Zu 6 63. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wetzlar für den Be-
reich „Nördliches Dillfeld“, Stadtteil Hermannstein
- Einleitungsbeschluss -
Vorlage: 1774/13**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (55.0.1) folgenden Beschluss:

1. Der Einleitung der 63. Änderung des Flächennutzungsplanes wird zugestimmt.
2. Gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

**Zu 7 Bebauungsplan Nr. 8 „Dillfeld“, 3. Änderung, Stadtteil Hermannstein
- Einleitungsbeschluss -
Vorlage: 1771/13**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (55.0.1) folgenden Beschluss:

1. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15.03.2011 zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 9 „Dillfeld-Nord“ (Anlage 1), Hermannstein, wird aufgehoben.
2. Der Einleitung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 „Dillfeld“, Hermannstein, wird zugestimmt (Anlage 2).
3. Der vorliegende Bebauungsplanvorentwurf wird als planerische Grundlage für die Durchführung der Verfahren nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB zur frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen.

**Zu 8 Energie- und Klimaschutzprojekt für Aßlar, Leun, Solms und Wetzlar
Sachstand und öffentlich-rechtliche Vereinbarung
Vorlage: 1803/14**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm den Sachstand und die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Kenntnis.

**Zu 9 Konzeption zur Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern
Vorlage: 1821/14**

Stv. H u n d e r t m a r k begründete, dass die von der CDU-Fraktion beantragte Konzeption Planungssicherheit darüber geben solle, wo die Stadt zukünftig dezentrale Unterbringungen vornehmen wolle, sofern sie vom Kreis dazu beauftragt werde.

Darüber hinaus interessiere er sich zu erfahren, welche Unterbringungsmöglichkeiten dem Kreis bisher aufgezeigt worden seien. Es handele sich um eine priorisierte Darstellung von möglichen Standorten für die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern.

Bgm. **W a g n e r** erklärte, dass es das erste Ziel sei, Flüchtlinge und Asylbewerber dezentral, möglichst in Wohnungen, unterzubringen. Gelingt dies nicht, sei einer Gemeinschaftsunterkunft der Vorzug vor einer Unterbringung in Zelten oder in Containern zu geben. Er führte weiter aus, dass es nicht möglich sei, im Sinne eines Konzeptes vorausplanend festzulegen, in welchen Stadtteilen und Siedlungsbereichen der Stadt künftig Menschen untergebracht werden können. Eine Konzeption würde voraussetzen, dass die zum aktuellen Tag verfügbaren Objekte von der Stadt zu sichern und mit den Vermietern Vorvereinbarungen zu schließen seien, die mit finanziellen Belastungen einhergehen würden. Er vertrete die Auffassung, dass dieser konzeptionelle Ansatz nicht darstellbar sei.

Stve. **K u n k e l** machte für die FDP-Fraktion deutlich, dass man dem Antrag ambivalent gegenüber stehe, da dieser „zu kurz gegriffen“ sei. Das Hauptproblem bei der Unterbringung von Asylbewerbern sei nicht, diese unterzubringen, sondern die fehlende Bereitschaft von Teilen der Bewohner der Stadt, diesen Personenkreis in ihrer näheren Umgebung gastfreundlich aufzunehmen. Der Magistrat solle aufzeigen, welche Möglichkeiten und Strukturen in der Stadt existieren, um eine breitere Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Die FDP-Fraktion werde sich bei der Abstimmung über den Antrag enthalten.

Die Stadtverordnetenversammlung lehnte den Antrag mehrheitlich (15.37.4) ab.

Zu 10 Behindertenbeirat Nachwahl eines Mitgliedes

Keine Wortmeldungen.

Für das bisherige Mitglied Helga Lopez wählte die Stadtverordnetenversammlung einstimmig (56.0.0) Frau **Doris Schöner**, Wetzlar, in den Behindertenbeirat.

Zu 11 Sozialkommission Nachwahl eines stellv. Mitgliedes

Keine Wortmeldungen.

Für das bisherige stellvertretende Mitglied Dorothea Marx wählte die Stadtverordnetenversammlung einstimmig (56.0.0) Herrn **Michael Schubert**, Wetzlar, in die Sozialkommission.

Zu 12 - Grundstücksangelegenheiten 21

Zu 22 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

StvV V o l c k schloss die 24. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Der Stadtverordnetenvorsteher:

Der Schriftführer:

V o l c k

G e r n e r